

lung vornahm. Lenin maß diesen Fragen ebenfalls große Bedeutung bei und stellte sie in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit Opportunisten und Anarchisten über das Wesen der Diktatur des Proletariats und die nächsten praktischen Schritte zu deren Errichtung. Er wies nach, daß der sozialistische Umwälzungsprozeß nur dann möglich und von Dauer ist, wenn die Arbeiterklasse zum Regieren befähigt wird. In dem Sinne forderte Lenin, „die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern“ der Aufträge der macht-ausübenden Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei zu machen, und stellte fest: „... das ist unsere proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution beginnen“⁴¹.

Diese allgemeingültigen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus hat die SED ihrer Kaderpolitik und der Entwicklung des sozialistischen Staatsdienstes zugrunde gelegt. Gestützt auf die Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Aufbaus des ersten sozialistischen Staates in der UdSSR⁴² hat sie im Kampf um die Macht die Lehren von Marx, Engels und Lenin entsprechend den konkreten Bedingungen des Landes schöpferisch angewandt und durch eigene Erfahrungen bereichert.

Schon die KPD hatte in ihrem Gründungsprogramm die Aufgabe gestellt, die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, zu ersetzen, alle Posten zu besetzen, alle Funktionen zu überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben zu messen. Verankert werden sollte das Recht des Vollzugsrates, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen.⁴³

In Befolgung der geschichtlichen Lehren der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit der Weimarer Republik und des Kampfes gegen den Faschismus wurde auf dem Vereinigungsparteitag in den Grundsätzen und Zielen der SED proklamiert, das gesamte öffentliche Leben, alle Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionen völlig zu säubern, die Leitung ehrlichen Demokraten und bewährten Antifaschisten zu übertragen, befähigte Werktätige für die Verwaltung, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter auszubilden.⁴⁴

Im Beschluß der ersten staatspolitischen Konferenz der SED 1948 zur Personalpolitik in der Verwaltung wurden bereits wichtige, den sozialistischen Staatsdienst prägende Züge entwickelt: „Die Mitarbeiter des Verwaltungsapparates sollen keine ‚Berufsbeamten‘, keine Angestellten im Sinne von Bediensteten sein, sondern sollen einen neuen Typus von Angestellten bilden. Unter Entwicklung ihrer schöpferischen Tätigkeit müssen sie zu Fachleuten werden, die die Staatsgeschäfte zu führen verstehen und ihre Tätigkeit als eine gesellschaftliche Funktion erfüllen. Kritik und Selbstkritik ist zu fördern. Regelmäßig ist über die geleistete Arbeit Rechenschaft abzulegen.“⁴⁵

Diese politische Linie wurde im Prozeß der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft in der DDR erfolgreich verwirklicht. Die Strategie der Partei in der Staatsfrage ist entscheidend mittels ihrer Kaderpolitik und — als deren Bestandteil — mittels der Entwicklung des sozialistischen Staatsdienstes gesichert worden.

Dem sozialistischen Staatsdienst in der DDR liegen bestimmte Prinzipien zugrunde.

Erstens: Die Arbeit in den Staatsorganen und in den anderen genannten Leitungsfunktionen ist ein Klassenauftrag, eine ehrenvolle Aufgabe und hohe gesellschaftliche Verpflichtung (vgl. Art. 21 Verfassung; § 1 Wehrdienstgesetz; § 2 Mitarbeiter-VO). Die Arbeiterklasse realisiert damit ihre führende Rolle und gewährleistet, daß entsprechend den Grundsätzen der Verfassung die politische Macht von den Werktätigen in Stadt und Land ausgeübt wird und dem Wohle des Volkes dient (vgl. Art. 2 und 4 Verfassung).

Zweitens: Entsprechend dem Klassencharakter des sozialistischen Staates und den Grundsätzen der Verfassung, nach denen

41 W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, a. a. O., S. 439; vgl. auch S. 434; Werke, Bd. 24, a. a. O., S. 21.

42 Vgl. W. I. Lenin und die KPdSU über die Arbeit mit Kadern, Moskau/Berlin 1983.

43 Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 110 und 115.

44 Vgl. a. a. O., S. 203.

45 „Stellung der SED zur Personalpolitik in der Verwaltung (Beschluß der ersten staatspolitischen Konferenz der SED 1948 in Werdau)“, in: Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltung, Berlin 1948, S. 95.